

Presseinformation

Stellungnahme der Senatskanzlei zum Mobilitätsgesetz: Sichere Radwege statt reaktionäre Verkehrspolitik der Senatskanzlei

Berlin, 5. Januar 2018. In einer Stellungnahme des Chefs der Senatskanzlei, Björn Böhning, zum Mobilitätsgesetz, die der Initiative Clevere Städte vorliegt, wird eine reaktionäre Verkehrspolitik gefordert: Helmpflicht für Kinder und höhere Bußgelder für Radfahrer sollen mehr Sicherheit schaffen statt des raschen Ausbaus der Radwege und einer zeitnahen Ausweitung der Fahrradstaffel der Polizei. Die Senatskanzlei fordert die Innen- und Verkehrssenatsverwaltung auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten.

Mit Datum vom 19.12.2017 fordert Björn Böhning, Chef der Senatskanzlei, die entsprechenden Staatssekretäre der Senatsverwaltungen auf, aktiv zu werden.

„Sicherer Radverkehr kommt durch den schnellen Ausbau breiter und geschützter Radwege und eine rasche Ausweitung der Fahrradstaffel der Polizei: Alles Maßnahmen, die versprochen wurden und nicht umgesetzt sind. Diese reaktionären Vorschläge zeigen, wie wenig die SPD-Spitze von Mobilität und den Wünschen der Bevölkerung versteht und stattdessen reaktionär mit Druck reagiert“, erklärt Heinrich Strößenreuther, Initiative Clevere Städte.

Die Helmtragequoten von Kindern liegen weit über 80%, schützen aber vor schweren Unfällen nicht. Sichere Radwege locken Radfahrerinnen von den Gehwegen: Erst müssen diese gebaut werden – verbleiben dann noch Radfahrer und Radfahrerinnen auf den Gehwegen, kann man über andere Bußgelder für Radfahrer nachdenken.

Die Ausweitung der Fahrradstaffel auf alle Polizeidirektionen wurde von der Rot-Rot-Grünen Koalition versprochen und im Mobilitätsgesetz verankert: Diese Maßnahme ist innerhalb von sechs Monaten umsetzbar und hätte längst Realität sein können. Nachweislich hat die Fahrradstaffel in Mitte die Unfallzahlen fast halbiert.

Eine Anhebung der Strafen ist vor allem jedoch für das Parken auf Rad- und Gehwegen erforderlich, so wie die Petition für höhere Bußgelder für Falschparker der Initiative Clevere Städte sie seit Jahren fordert. Diese wird mittlerweile von vielen Verkehrsverbänden unterstützt.

„Wir fordern im Gegenteil die Senatskanzlei und die Staatssekretäre dazu auf, sich schnellsten für eine Anhebung der Bußgelder für Falschparker auf Bundesratsinitiative und eine Beschleunigung des Radwegeausbaus einzusetzen: Sonst werden die wenigen Radwege weiter zugeparkt bleiben und die Alternative zu Fahrverboten nicht wirken. Selbst die IHK Berlin fordert inzwischen den Radwegeausbau, um Fahrverbote zu vermeiden“, fordert Heinrich Strößenreuther.

Das EU-Niveau für Falschparken liegt bei 80 bis 130 Euro. Neben der Bundestagsfraktion Bündnis90/DieGrünen haben sich der Forderung nach „Knolle statt Knöllchen“ bereits der Verband Deutscher Verkehrsunternehmer, der Fahrgastverband Pro Bahn, diverse Landesverbände des Verkehrsclubs Deutschland sowie des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs angeschlossen. Zur Zeit liegen die Bußgelder, im Volksmund zu Recht verniedlichend Knöllchen genannt, bei 15 – 20 Euro im Vergleich zu dem erhöhten Beförderungsentgelt für Schwarzfahrer von 60 Euro.

„Falschparken muss abschreckend teuer sein, damit Fußgänger, Radfahrer, Bus- und Tram-Fahrgäste und Autofahrer weder behindert noch gefährdet werden“, so Heinrich Strößenreuther, der die Petition gestartet hat. Diese Petition fordert ein Anheben der Bußgelder für Falschparker auf das EU-Niveau: So soll durch eine abschreckende Höhe eine Verhaltensänderung einsetzen. Die Petition Pet 1-18-12-9213-021075 ist bereits am 5. Mai 2015 sowohl über den Petitionsausschuss eingebracht als auch im direkten Schreiben an den damaligen Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, übermittelt worden.

Weitere Informationen:

Link zur Stellungnahme des Chefs der Senatskanzlei zum Mobilitätsgesetz:

<https://clevere-staedte.de/files/tao/img/dokumente/171219%20Senatskanzlei%20zu%20Mobilitätsgesetz.pdf>

Link zu Erfolg der Fahrradstaffel der Polizei: <http://www.gdv.de/2017/11/drei-jahre-fahrradstaffel-der-berliner-polizei-zahl-der-schweren-unfaelle-sinkt-um-fast-die-haelfte/>

Link zu dem Plädoyer mit allen Daten und Fakten zur Bußgeld-Situation für Falschparker: http://clevere-staedte.de/sites/default/files/presse/141124_Plaedoyer_Petitionskampagne_Zuparken_teurer_machen.pdf

Link zur Petition für höhere Bußgelder für Falschparker mit recherchierten Zahlen, Daten, Argumenten: <https://clevere-staedte.de/blog/artikel/zuparken-teurer-machen>

Link zu weiteren Verbänden: <https://www.vdv.de/150213-presseinformation-vdv-falschparker-bussgeld.pdf?forced=true>

Ansprechpartner für die Presse: Initiative Clevere Städte, Heinrich Strößenreuther, 0160 – 9744 2395, presse@clevere-staedte.de , www.clevere-staedte.de

Über die Initiative Clevere Städte: *Mit App, Web und Crowd sowie Studien, Kampagnen und (Probono)-Projekten und Studien setzen wir uns als Radverkehrsexperten und politischer Think Tank für attraktive, lebenswertere und klimafreundliche Städte und für smarte Alternativen zu Fahrverboten ein. Die Initiative, rechtlich abgesichert über die Agentur für clevere Städte, hat ihren Sitz in Berlin und ist gemeinwohlorientiert. Die Initiative wurde gegründet von Heinrich Strößenreuther (50), der seit 20 Jahren zu Verkehrs- und Nachhaltigkeitsfragen im Bundestag, bei Greenpeace und der Deutschen Bahn arbeitete und hauptberuflich als Interims-Geschäftsführer/Berater im öffentlichen Verkehr tätig ist; er hat 2015 die Initiative Volksentscheid Fahrrad gestartet, die den Anstoß zu Deutschlands erstem Radverkehrs- und Mobilitätsgesetz gab.*